

Liebe Leserinnen und Leser,

so schnell wie geplant wird es nichts mit den Einnahmen: die Bundesregierung rechnet für 2012 nicht mehr mit den bisher angekündigten 2 Milliarden Euro aus einer Finanztransaktionssteuer, denn dafür wurde auf legislativer Ebene in Europa bisher zu wenig erreicht. Sie hält aber weiter an der Einführung der Steuer in Europa fest, so das Finanzministerium.

Anfang Mai haben sich Kampagnenvertreter aus ganz Europa zu einem gemeinsamen Strategietreffen in Brüssel getroffen. Dabei wurden verschiedene Aktivitäten vereinbart - etwa eine globale Aktionswoche vom 15. bis 22. Juni, ein internationaler ParlamentarierInnenaufruf und eine Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Ein erster großer Erfolg sind die bevorstehenden Parlamentsdebatten in Paris und Berlin.

**+++ Achtung: Heute findet um ca. 12 Uhr auf Antrag der SPD im Deutschen Bundestag eine [Parlamentsdebatte](#) zugunsten einer Gesetzesinitiative für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa statt. Ausserdem debattiert die französische Nationalversammlung heute über einen ähnlichen Antrag der Sozialisten. Mehr Informationen dazu weiter unten. +++**

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Zeitgleiche Debatten im deutschen und französischen Parlament
- Internationaler ParlamentarierInnenaufruf
- Kinospots der Kampagne

## **Entwicklungen im Inland:**

31. Mai: Inzwischen unterstützen 335 Abgeordnete den [Entwicklungspolitischen Konsens](#) zur Erfüllung des 0,7 Prozent-Versprechens, darunter auch zwei Parlamentarische Staatssekretäre.

28. Mai: Die Bundesländer wollen bei der [Bankenabgabe](#) nachbessern: Im Bundesrat soll eine höhere Abgabe für Großbanken beschlossen werden, kleinere Institute sollen dagegen entlastet werden.

26. Mai: Auch die Stadträte von [Wuppertal und Dortmund](#) unterstützen nun die Ziele der Kampagne.

25. Mai: In [Düsseldorf](#) bringen SPD, Grüne und Linke eine gemeinsame Resolution im Sinne der Kampagne in den Stadtrat ein. Die Entscheidung darüber wird erst im Juli fallen.

24. Mai: Zu Beginn des G8-Gipfels in Deauville erinnert das [Neue Deutschland](#) an unerfüllte Versprechen und wirbt für eine Steuer gegen Armut.

19. Mai: In [Oberhausen](#) klagt der Personalrat der Stadtverwaltung über die Folgen der dauerhaften Haushaltsmisere. Entlastung könne auch eine Finanztransaktionssteuer bringen.

16. Mai: Der Stadtrat von [Osnabrück](#) unterstützt die Ziele unserer Kampagne. Dafür stimmten CDU, Grüne, LINKE und SPD, dagegen die FDP.

12. Mai: Im Rahmen der jährlichen Steuerschätzung kündigt das [Bundesfinanzministerium](#) an, für 2012 nicht weiter 2 Mrd. € aus einer Finanzmarkttransaktionssteuer zu veranschlagen. Dies bedeute "aber keine Abkehr von der Umsetzung der Finanzmarkttransaktionssteuer, vielmehr wird sich Deutschland auch weiterhin nachhaltig für eine europaweite Lösung einsetzen".

10. Mai: Der [Sparkassenverband DSGVO](#) fordert, die Bankenabgabe durch eine EU-weit oder zumindest auf Euro-Ebene geltende Finanztransaktionssteuer zu ersetzen.

2. Mai: Bei der [Bankenabgabe](#) droht 2011 ein Einnahmen-Flop: Statt der erhofften 1,2 Mrd. € werden 2010 voraussichtlich nur 600 Mio. € in den neuen Bankenrettungsfonds fließen. Das [Finanzministerium](#) beschwichtigt.

5. Mai: Das Verhältnis von Massensteuern und Gewinnsteuer läuft seit Jahrzehnten auseinander. Das müsse durch die Einführung von Vermögensteuer, Finanztransaktionssteuer und durch Reform der Einkommensteuer geändert werden, so LINKEN-Vorsitzende [Gesine Löttsch](#).

1. Mai: Die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer ist am Tag der Arbeit bei vielen [Gewerkschaftskundgebungen](#) dabei.

### **Entwicklungen im Ausland:**

30. Mai: Das [Finanzkrisenkomitee](#) im Europaparlament wirbt für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Millenniumsziele oder von Klimaschutzmaßnahmen. Der sogenannte Beres-Bericht mit dieser Forderung soll im Juli abgestimmt werden.

29. Mai: IWF-Chefökonom [Olivier Blanchard](#) wirbt für fest eingerichtete Instrumente der Kapitalverkehrskontrolle. Dafür kämen auch Finanztransaktionssteuern mit justierbarem Steuersatz in Frage.

25. Mai: Österreichs Kanzler Faymann wirbt zum 50-jährigen Jubiläum der [OECD](#) für Finanztransaktionssteuern.

23. Mai: IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn tritt unter Vergewaltigungsverdacht von seinem Amt zurück. Mit der französischen Finanzministerin [Christine Lagarde](#) könnte ihm eine bisherige Befürworterin der Finanztransaktionssteuer folgen.

20. Mai: [Poul Nyrup Rasmussen](#), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES), will sowohl Finanzaktivitätsteuer als auch Finanztransaktionssteuer einführen.

19. Mai: In Sichtweite des Parlaments von [Neuseeland](#) wirbt Robin Hood für eine Finanztransaktionssteuer als Alternative zu Kürzungsmaßnahmen.

19. Mai: Chinas Bankenregulierer [Liu Mingkang](#) hält steuerliche Maßnahmen wie die Finanztransaktionssteuer für gut geeignet, um spekulative Kapitalbewegungen zu bremsen.

17. Mai: Österreichs Kanzler [Faymann](#) will sich weiterhin auf allen Ebenen für eine europaweite Finanztransaktionssteuer einsetzen.

11. Mai: Die zukünftige Regierung in [Finnland](#) wird eine internationale oder EU-weite

Finanztransaktionssteuer mittragen, so der designierte Premierminister Jyrki Katainen.

11. Mai: Die [österreichischen Sozialpartner](#) (Vertretungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) erneuern ihre Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer.

9. Mai: Eine erste Aufgabe der im April gegründeten NGO [Financewatch](#) könne eine europäische Umsetzungsstudie für die Finanztransaktionssteuer sein, meint Grünen-Europaparlamentarier Sven Giegold.

9. Mai: Zum [Europatag](#) fordert Attac Österreich eine grundlegende Revision der europäischen Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch eine EU-weite Finanztransaktionssteuer. Ein Problem ist jedoch die mit Zahlen belegte Dominanz der Finanzbranche in den von der EU-Kommission eingesetzten Expertengruppen.

6. Mai: Österreichs Kanzler Faymann wirbt bei Chinas Staatspräsident [Hu Jintao](#) für eine Finanztransaktionssteuer.

3. Mai: Der luxemburgische sozialistische Fraktionschef [Lucien Lux](#) fordert von Finanzminister Frieden ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer.

3. Mai: In Anlehnung an die Robin Hood-Steuer fordert die neue Mana-Partei in Neuseeland eine [Hone Heke-Steuer](#), benannt nach dem maorischen Volksheld [Hone Heke](#).

1. Mai: Das auf Egoismus getrimmte Wirtschaftsmagazin [Gewinn](#) moniert, Österreichs Kanzler Faymann fordere eine [europaweite Finanztransaktionssteuer](#), die Regierung wolle aber gleichzeitig außerbörsliche Finanzgeschäfte durch Ausnahme von der Kapitalertragsteuer steuerlich bevorteilen.

1. Mai: Auch in Österreich ist die Finanztransaktionssteuer bei zahlreichen Kundgebungen zum Tag der Arbeit dabei, so auch beim größten Aufmarsch in [Wien](#).

## **Zeitgleiche Parlamentsdebatten in Deutschland und Frankreich**

Am Donnerstag, den 9. Juni findet sowohl im deutschen Bundestag als auch in der französischen Nationalversammlung eine Debatte mit gleichlautenden Forderungen nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer statt. Die entsprechenden Anträge hierzu wurden von der [SPD](#) bzw. den [französischen Sozialisten](#) eingebracht. Damit soll auf die zügige Einführung der Steuer in der EU, der Eurozone oder notfalls einer Koalition der Willigen hingewirkt werden und zugleich ein eng koordiniertes deutsch-französisches Vorgehen angeregt werden. Grüne und LINKE werden als Kampagnenmitglieder den Antrag sicher unterstützen, doch wie werden sich die bürgerlichen Parteien positionieren? Wir dürfen gespannt sein!

Die Debatte im Bundestag startet etwa um 11:50 Uhr und wird über das [Parlamentsfernsehen](#) im Internet live übertragen.

Mehr Informationen folgen im nächsten Newsletter oder auf der [Kampagnen-Homepage](#).

Die entsprechende Pressemitteilung der Kampagne hierzu lautet:

### **Gleichzeitige Debatte zur Finanztransaktionssteuer in Bundestag und französischer Nationalversammlung**

## **Gleichlautende Forderungen an deutsche und französische Regierung für ein abgestimmtes Vorgehen**

### **In Frankreich Annäherung von Regierungs- und Oppositionsparteien**

Den deutschen und französischen Kampagnenbündnissen für eine "Steuer gegen Armut" ist es gelungen, für den morgigen Donnerstag, 9. Juni, eine zeitgleiche Debatte im Bundestag und in der französischen Nationalversammlung herbeizuführen. In beiden Parlamenten fordern Entschließungsanträge die jeweiligen Regierungen auf, bis Oktober konkrete Gesetzestexte und Umsetzungsstrategien für eine umfassende Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union oder zumindest der Eurozone vorzulegen. Dabei ist bemerkenswert, dass sich in Frankreich Sarkozys Regierungspartei UMP der Oppositionsinitiative mit einem eigenen Antrag annähert, ein Schritt, dem CDU/CSU bis jetzt noch nicht gefolgt sind.

"Eine Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich ist deshalb so wichtig, weil es in der EU nur voran geht, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam agieren", sagte der Moderator der deutschen Kampagne, Jesuitenpater Jörg Alt. "Besonders freuen wir uns, dass die französische UMP die Forderung der Zivilgesellschaft aufgreift, aus den Einnahmen den Kampf gegen Armut und Klimawandel zu unterstützen."

Peter Wahl von der Nichtregierungsorganisation WEED ergänzt: "Beide Regierungen sollten die zeitgleichen Debatten auch dazu nutzen, das immer wieder zu hörende Gerücht auszuräumen, die jeweils andere Seite meine es nicht ernst mit der Einführung der Steuer. Dass die UMP diesen Schritt bereits gegangen ist weckt in uns Hoffnungen auf eine vergleichbare Positionierung der Bundesregierung am Donnerstag."

Das Kampagnenbündnis hofft, dass die Debatten am Donnerstag die Einführung der Finanztransaktionssteuer einen konkreten Schritt voranbringen. " Die durch die Finanzkrise ausgelöste Staatsschuldenkrise von EU-Ländern zeigt die dringende Notwendigkeit, das Finanzmarktkasino durch die Besteuerung von Finanztransaktionen zu schließen, die Akteure auf den Finanzmärkten an den Krisenkosten zu beteiligen und gleichzeitig Mittel für Entwicklung, den Kampf gegen Hunger und Armut weltweit sowie den Schutz von Klima und Umwelt zu generieren", sagte Detlev von Larcher, von attac.

Das internationale Kampagnennetzwerk ruft Parlamentarier in ganz Europa auf, sich für eine Finanztransaktionssteuer stark zu machen und eine entsprechende Deklaration zu unterzeichnen. Nach nur einer Woche Laufzeit haben sich bereits 95 Parlamentarier dem Aufruf angeschlossen. Die Zeichnungsfrist läuft bis zum 20. Juni; die Deklaration soll dem Europäischen Rat am 23./24. Juni übergeben werden.

### **Internationaler ParlamentarierInnenaufruf**

Im Vorfeld des Europäischen Rats am 23./24. Juni appellieren die internationalen Kampagnen weltweit an Parlamentarier, durch ihre Unterschrift dafür einzutreten, dass der Finanzsektor endlich über eine Finanztransaktionssteuer an den Krisenkosten beteiligt wird. Der Europäische Rat dient als Aufhänger, denn in Europa sind die Chancen auf eine solche Steuer derzeit am aussichtsreichsten. Ausserdem ist vor der Veröffentlichung der Folgenabschätzung der EU-Kommission im Sommer weiterer Druck vonnöten. Die Zeichnungsfrist für Parlamentarier (MdL, MdB und MEP) endet am 20. Juni.

Mehr Informationen gibt es [hier](#).

Die deutschsprachige Übersetzung der Erklärung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier für eine Finanztransaktionssteuer lautet wie folgt:

WIR, DIE UNTERZEICHNENDEN PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER AUS ALLEN TEILEN DER WELT, ERKLÄREN:

- Wir setzen uns für die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen (wie z.B. den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten) ein, um damit beachtliche zusätzliche Finanzmittel für Armutsbekämpfung, Klimaschutz, Gesundheitsaufgaben sowie den Schutz von öffentlichen Dienstleistungen und Arbeitsplätzen einzunehmen und die Stabilität des Weltfinanzsystems zu verbessern.
- Vor dem Hintergrund der jüngsten, vom Finanzsektor ausgelösten Wirtschaftskrise und den immensen Folgekosten, die den BürgerInnen sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern aufgebürdet wurden, ist es an der Zeit für einen weitaus größeren Beitrag des Finanzsektors, um dadurch Lebensbedingungen zu bewahren und Leben zu retten.
- Wir appellieren an die Regierungen in Europa, wo einige Staaten wie Frankreich und Deutschland bereits eine Vorreiterrolle eingenommen haben, sowie in allen anderen Ländern der Welt, die notwendigen Schritte für eine rasche Einführung von Finanztransaktionssteuern einzuleiten. Dafür ist ein Vorankommen durch eine Koalition von willigen Staaten, wie z.B. den Euro-Ländern oder der EU, vollends machbar und dringend erforderlich.

## **Kampagne wirbt in Kinospots**

Seit dem 30. Mai läuft unser Kampagnenspot mit Heike Makatsch und Jan-Josef Liefers für drei Wochen in verschiedenen deutschen Großraum-Kinos. In diesem Zeitraum werden über 100 000 Kinobesucher erreicht. Durch den Start soll unmittelbar vor der globalen Aktionswoche zur Finanztransaktionssteuer, die zwischen dem 15. und 22. Juni in zahlreichen Ländern stattfindet, ein möglichst neues und großes Publikum erreicht werden. Die Kinobesucher werden am Ende des Spots dazu eingeladen, unsere Kampagnen-Website zu besuchen und die Steuer gegen Armut zu unterstützen, etwa indem sie ihre Stimme abgeben.

Wir stellen den Kampagnenspot in hoher Auflösung gerne für eigene Informationszwecke zur Verfügung.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org), auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an [finanztransaktionsteuer@attac.de](mailto:finanztransaktionsteuer@attac.de).